

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
173 · Ausgabe AG · Dezember 2017



UND JETZT EINE ANDERE POLITIK!

Was für ein rotes Freudenfeuer zieht am 26. November durch den Kanton Aargau! Die SP ist die grosse Siegerin der Einwohnerratswahlen und gewinnt zusätzliche 15 Sitze, und das auf Kosten der SVP, die 16 Sitze verliert.

Gewonnen habt Ihr alle draussen in den Regionen unseres Kantons, die mit Arbeit, Glaubwürdigkeit und Einsatz die Wählenden habt überzeugen können. Ich gratuliere euch ganz herzlich!

Mit uns haben viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genug von Leistungsabbau, Privatisierung und staatlichem Stillstand. Der Naturschutz kommt unter die Räder, die kulturelle Vielfalt geht verloren, die Energiewende wird nicht umgesetzt, die Schule und die Kultur leiden, die Unterstützung für Familien wird gestrichen, Prävention und Beratung sind mehr und mehr Fremdwörter, die Asylpolitik wird noch unmenschlicher, der Wohnraum ist nicht mehr bezahlbar, die Gesundheitskosten machen krank. Dem Kanton geht wegen einer Steuerpolitik für Grossunternehmen und Superreiche das Geld aus, und die breite Bevölkerung wird zur Kasse gebeten. Das wollen wir nicht mehr.

Mit dem klaren Wahlsieg am 26. November erwarten wir eine rigorose Kehrtwende in der Finanz- und Investitionspolitik.

Und wir fordern: endlich eine Politik für ALLE!



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Aargau.

Gerade für den Aargau von entscheidender Bedeutung

AM 4. MÄRZ 2018 STIMMEN WIR ÜBER DIE «NO BILLAG»-INITIATIVE AB. DIE INITIATIVE IST IN IHREM INHALT ABSOLUT RADIKAL: NACH DER ANNAHME WÄRE EINE AUFLÖSUNG DER SRG ZWINGEND, MIT ENTSPRECHENDEN FOLGEN FÜR DIE MEDIEN- UND FILMLANDSCHAFT.

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau.



Zugegeben, auch ich ärgere mich in stets grösserer Regelmässigkeit über die SRG-Medien, hauptsächlich über das Deutschschweizer Fernsehen. Die Auslandsberichterstattung ausserhalb der EU und den USA ist von fragwürdiger Qualität, die Wirtschaftsberichterstattung selten etwas anderes als ein neoliberaler Gottesdienst, und die Politisierungen haben offenbar ein Abo auf Christoph Blocher und die Positionspapiere der SVP. Gleichzeitig wird unter dem Label SRG auch hervorragende Arbeit geleistet, denken wir zum Beispiel an die Nachrichten- und Hintergrundsendungen auf den diversen Radiokanälen. Vor al-

lem aber wäre die «No Billag»-Initiative der absolut falsche Ort, um «ein Zeichen zu setzen». Bei einem Ja würde die SRG nicht umgebaut, sondern abgewrackt. Die Folge wäre nicht ein «besseres» öffentlich-rechtliches Fernsehangebot, sondern gar keines mehr. Daran lässt der Initiativtext – trotz anders lautender Behauptungen – keinen Zweifel. Neu müssten Konzessionen wohl an den Meistbietenden vergeben werden. Klar ist auch, dass Herrliberg dafür die Kampfkassen schon bereitgestellt hat. Fox-News lässt grüssen.

Mit «No Billag» würde gerade die Mediensituation im Aargau nicht besser, sondern definitiv schlechter. Mit dem Wegfall der SRG verlöre der Aargau den einzigen relevanten Monopolbrecher gegen die Dominanz des Medienimperiums der Wannergruppe, das Regionaljournal der SRG. Und was viele vergessen: Gerade auch die kleinen, krea-

tiven, nicht-kommerziellen und für die Ausbildung des journalistischen Nachwuchses zentralen Radios wie Kanal K bekämen den Wegfall von insgesamt 4,8 Millionen Franken Gebühren massiv zu spüren. Zur

Erinnerung: Die SP gehörte damals zur den Mitgründern des Kanal K.

Eine lebendige Demokratie braucht einen kritischen Journalismus. Durch den Wegfall von Werbeein-

nahmen, die zunehmend bei den Internetgiganten Facebook und Co. anfallen, wird das traditionelle Modell der privaten Medienhäuser in Zukunft noch mehr unter Druck kommen. Richtig wäre es, in Zukunft vermehrt auch private Medien zu unterstützen, damit der Wettbewerb der Ideen wirklich stattfindet. «No Billag» würde die aktuelle Situation dramatisch verschlechtern. Darauf kann die SP nur mit einem klaren Nein antworten.

NON!
No Billag

KOMMENTAR



Stipendiengesetz Finger ab de Röstli!

Was bisher geschah ...

Die JUSO und die Schüler_innenorganisationen der Aargauischen Kantonsschulen überreichten am 7. November 2017 dem Grossen Rat die Petition «Finger ab de Röstli!» mit 1200 Unterschriften. Der Grund dafür ist bitter. Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats hatte sich dafür ausgesprochen, das Splittingmodell bei der Vergabe von Stipendien einzuführen. Diese sollen in Zukunft zu einem Drittel als Darlehen ausbezahlt werden. Die SP-Fraktion ergriff daraufhin das Behördenreferendum, weil klar ist: Chancengleichheit auf Bildung ist ein Grundrecht. Ein Abbau unter dem maroden Deckmantel namens «Sanierungsmassnahmen» hat im Kanton Aargau nichts verloren.

Sinnentleerter Abbau

Ein Splittingmodell bringt niemanden etwas. Der Kanton müsste länger Abgeltungsleistungen an Universitätskantone zahlen, da viele lieber ihr Geld nebenberuflich erwerben und länger studieren, als sich zu verschulden.

Den finanziell schwächer gestellten Student_innen die Wahl zu lassen, entweder ein überlanges Studium zu bestreiten oder eine Verschuldung auf sich zu nehmen, ist im höchsten Masse unsozial. Chancengleichheit sieht anders aus.

Es geht in die nächste Runde!

Am 4. März 2018 entscheidet das Stimmvolk über das Stipendiengesetz. Die JUSO Aargau hat entschieden, die Annahme zu bekämpfen. Wir sagen «Finger ab de Röstli!» – die Zukunft der Studierenden soll nicht derart verstellt werden. Dafür brauchen wir auch deine Unterstützung: Trage dich ein unter www.finger-ab-de-roesti.ch und hilf mit!

Mia Jenni von Obersiggenthal ist Studentin der Germanistik und der Kunstgeschichte, Mitglied des Vorstands der SP-Bezirkspartei Baden, SP-Einwohnerrätin und Co-Präsidentin der JUSO Aargau.

Das Gespenst der

EIN GESPENST GEHT UM IN EUROPA – DAS GESPENST DER DIGITALISIERUNG. GESPENSTER HABEN ES AN SICH, UNS ÄNGST ZU MACHEN. OFT SIND SOLCHE ÄNGSTE DIFFUS, WEIL WIR UNS NICHT GANZ SICHER SIND, OB DAS GESPENST UNS WIRKLICH BÖSE WILL UND OB ES ÜBERHAUPT SPUKT. ES WÄRE DESHALB FALSCH, DAS GESPENST DER DIGITALISIERUNG NOCH KÜNSTLICH AUFZUBLASEN. DOCH ES BESTEHT HANDLUNGSBEDARF, IN DER WIRTSCHAFT, ABER AUCH SEITENS DER POLITIK.



Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Vorab ist festzuhalten: Die negativen Meldungen der letzten Wochen aus der aargauischen Wirtschaft haben mit der Digitalisierung nichts oder nur am Rande zu tun, und sie sind auch kein «untrüglisches Zeichen» einer sich beschleunigenden Deindustrialisierung. Die Gründe für einen Stellenabbau sind vielfältig. Ein Klassiker sind Produktionsverlagerungen ins Ausland aus Kostengründen. Den Anfang machte vor Jahrzehnten die Textilindustrie. Zahlreiche andere Branchen sind ihr gefolgt. Die Frankenstärke der letzten Jahre hat diesen Trend nicht ausgelöst, jedoch verstärkt. Anders gelagert ist die Verschiebung von Produktionskapazitäten dorthin, wo die Absatzmärkte gross sind und wachsen. Die Wachstumsmärkte

liegen heute meist in Ostasien und nur selten in Europa. Und schliesslich kommt es dann zum Stellenabbau, wenn ein Unternehmen Produkte anbietet, die niemand mehr will, weil die Entwicklungen am Markt verschlafen wurden oder

«Roche investiert bis 2023 rund 4 Milliarden Franken in moderne Forschungsinfrastruktur, attraktive Arbeitsplätze und nachhaltige Arealentwicklung.»



SP LANCIERT IDEE FÜR KANTONALEN INDUSTRIEFONDS

Aktive Industriepolitik ge



Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal ist SP-Grossrat.

Seit Jahren ist im Kanton Aargau eine schlechende Deindustrialisierung zu beobachten. Jüngste Beispiele sind die am 19. September veröffentlichten Pläne der Rockwell Automation, die Produktion von Aarau ins Ausland zu verlagern, womit 250 Arbeitsplätze verloren gingen. Am 7. Dezember wurden Abbaupläne der General Electric bekannt, mit denen der Verlust von 1400 Arbeitsplätzen angekündigt wurde, und am 6. November kommunizierte Pläne von Roche, in Kai-

seraugst rund 230 Arbeitsplätze im Verpackungsbereich abzubauen. In solchen Fällen ist immer auch mit vor- und nachgelagerten Auswirkungen im Bereich von KMU-Betrieben der betroffenen Regionen zu rechnen, was zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet.

Auslagerungen und Entlassungen: Die exportorientierten Industrien im Kanton Aargau und der Schweiz sind besonders betroffen. Das ist nicht gut für den Werkplatz Schweiz. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank hallt nach. Sie beschleunigte Entlassungen und Auslagerungen ins Ausland zusätzlich.

Die Politik darf nicht länger tatenlos zuschauen. Die Schweiz hat eine Landwirtschaftspolitik, eine Finanzplatzpolitik, eine Bildungspolitik, eine Verkehrs- und Energiepolitik und eine Tourismuspolitik. Eine aktive Industriepolitik für den Werkplatz

Digitalisierung

weil andere Unternehmen eine bessere Qualität zu günstigeren Preisen liefern.

Die neuen digitalen Möglichkeiten werden unsere Wirtschaft verändern. Dies war bei jeder technischen Neuerung der Fall, angefangen beim Mühlrad über die Dampfmaschinen und die Elektrizität bis hin zum Computer. Das Spezielle an der Digitalisierung ist, dass sie nicht nur den industriellen Bereich oder einzelne Branchen erfasst, sondern auch im Dienstleistungsbereich zu grösseren Veränderungen führen wird. Und sie kommt rasch.



Homepage Roche

In den verschiedensten Berufen sind neue Kompetenzen gefragt. Diese frühzeitig zu erkennen und zu fördern, ist zentral. Von der Volksschule über die Mittelschulen, die Berufsbildung bis hin zu den Hochschulen und Fachhochschulen steht hier unser Bildungswesen vor grossen Herausforderungen. Besonders wichtig ist aber auch, dass die Unternehmen ihren Mitarbeitenden rechtzeitig geeignete Aus- und Weiterbildungsangebote ermöglichen. Auch die Arbeitslosenversicherung muss künftig Umschulungen in weit grösserer Masse mitfinanzieren können, als dies heute der Fall ist. Wenn es Staat und Wirtschaft nicht gelingt, die Chancen der Digitalisierung zusammen mit den Mitarbeitenden zu nutzen, gehen die alten Arbeitsplätze ersatzlos verloren, und es gibt keine neuen. Digitalisierung kann Deindustrialisierung auslösen, sie kann sie jedoch auch verhindern.

Apropos Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte: Im nächsten Jahr tritt das Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in Kraft. Die Arbeitgeber sind künftig zwar nicht verpflichtet, Arbeitnehmende aus dem Inland anzustellen. Sie sind aber gehalten, deren Anstellung ernsthaft zu prüfen. Wir müssen Druck aufsetzen, dass künftig gerade auch in weniger qualifizierten Berufen konsequent inländische Arbeitnehmende angestellt werden: Die Bauwirtschaft, die Landwirtschaft und das Gastgewerbe sind besonders gefordert.

gegen Deindustrialisierung

Schweiz ist jedoch kaum erkennbar. Die schleichende Deindustrialisierung schadet der Diversität der Wirtschaft und macht sie für die Zukunft krisenanfälliger. Zudem kommen einmal ausgelagerte Industriearbeitsplätze kaum mehr zurück.

Motion für einen Industriefonds

Gerade im Industriekanton Aargau braucht es eine aktive Industriepolitik. Mit dem Hightech Zentrum Aargau hat der Kanton eine Institution, die Unternehmen bei Innovations- und Technologiefragen unterstützt und vernetzt. Allerdings ist die Finanzierung von «Hightech Aargau» mit dem vom Grossen Rat gekürzten Kredit von 25,6 Millionen Franken erst bis ins Jahr 2022 gesichert. Die Ratsrechte wollte die Vorlage sogar ganz abschliessen. Doch statt Abbau braucht es Aufbau.

Darum habe ich den Regierungsrat in einer Motion eingeladen, zusätzlich einen kantonalen Industriefonds mit dem Ziel der Attraktivitätssteigerung und Standort-sicherung von Arbeitsplätzen im Kanton Aargau einzurichten. Ein solcher Industriefonds würde es ermöglichen, eine aktivere Industriepolitik zu betreiben. Begünstigte müssten industrielle KMU mit Standort im Kanton Aargau sein, welche klar der industriellen Produktion zugeordnet werden können und welche zukunftsgerichtete Investitionen zur Sicherung tätigen. Ein Industriefonds böte dem Kanton Aargau die Chance, im Sinne einer aktiven Industriepolitik tätig zu werden, um Arbeitsplätze zu sichern. Womit dafür investierte Mittel auch wieder an den Kanton und die Gemeinden zurückfliessen dürften. Der Kanton Waadt hat bereits einen Fonds dieser Art.

KOMMENTAR



Nichts tun ist gefährlich

Das Innovationsprogramm Hightech Aargau und die Interventionen, so bei Rockwell Automation (RA) oder General Electric (GE), seitens des Volkswirtschaftsdirektors Urs Hofmann sind sehr wichtig. Es braucht aber mehr: Schliessungen eines Produktionstandorts betreffen nicht nur die Angestellten der betroffenen Firmen, sondern auch die Zulieferbetriebe. Und: Kündigungen in KMU erhalten zwar selten mediale Aufmerksamkeit, und doch sind diese Arbeitsplätze das Rückgrat des Arbeitsmarkts.

Grosse Betriebe wie RA oder GE bauen Arbeitsplätze ab oder verlagern diese in Billiglohnländer, um ihren Profit zu erhöhen. Kleine Betriebe bauen Arbeitsplätze ab, um zu überleben. Eine aktuelle Studie von Swissmechanic und der Gewerkschaft Unia* zeigt, dass jedem fünften bis achten Betrieb in den letzten Jahren ein Kredit zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit verweigert wurde. Es müssen also alternative Finanzierungsformen jenseits von Bankkrediten angedacht werden. Dies auch, weil kleine Betriebe grosse Mühe mit dem starken Franken haben und auf ein strategisches Wechselkursziel der Nationalbank von 1.18 und 1.20 Franken/Euro angewiesen wären. Eine bald drei Jahre alte Forderung der Gewerkschaften, deren Nichterfüllung jetzt ihre Auswirkungen im Aargau zeigt.

GE hat am 7. Dezember mitgeteilt, dass 1400 Stellen im Aargau gestrichen werden. Es gibt einen Sozialplan, und die Regierung will den gut qualifizierten Arbeitnehmenden bei der Suche nach einem neuen Job beistehen.

Viviane Hösli von Zofingen ist Geschäftsführerin ArbeitAargau, Co-Sekretärin des Aargauischen Gewerkschaftsbunds AGB und SP-Grossrätin.

* Prof. em. Dr. Franz Jaeger und Dr. Tobias Trütsch, Volkswirtschaftliche Bedeutung und Problematiken der KMU der Schweizer Maschinenindustrie, November 2017 www.unia.ch/uploads/tx_news/2017-11-21-Studie-Volkswirtschaftliche-Bedeutung-Problematiken-KMU-Maschinenindustrie-Swissmechanic-Unia_01.pdf

KOMMENTAR



**Basiskampagne 2017
Danke vielmals!**

Wie 2016 haben wir dieses Jahr im Aargau wieder die Basiskampagne mit dem Hauptelement der Wahlkampftelefonaktionen durchgeführt, diesmal im Rahmen der Kommunalwahlen. Grossartige 140 Mitglieder haben sich ehrenamtlich engagiert und insgesamt fast 3000 Gespräche mit Wählerinnen und Wählern geführt. Die teilweise fantastischen Wahlergebnisse, zum Beispiel in Windisch und Wohlen, wo wir vier beziehungsweise drei Parlamentssitze zulegte, zeigen, dass die Telefonkampagne ein Erfolg war. Im Moment liegt uns dazu natürlich keine wissenschaftliche Auswertung vor. Eines ist aber sicher: Die Telefonist*innen haben unsere Partei von der besten Seite verkauft, auf sie können wir stolz sein. Ich bin dankbar, dass sich insbesondere auch anfänglich skeptische Mitglieder auf die Kampagne eingelassen haben. Viele von ihnen werden wir, so meine Überzeugung, in Zukunft wieder am Apparat sehen. Ein besonderes Highlight war für mich der grosse Einsatz einiger Neumitglieder, welche hervorragend mittelefoniert haben. Dank den Mitgliedertelefonaten hat die Basiskampagne auch in der Mobilisierung für Stand- und Postkartenaktionen, Spenden usw. eine zentrale Rolle gespielt. Bei aller Freude über die Ergebnisse müssen wir aber erklären, dass die Anzahl kurzfristiger Abmeldungen und No Shows hätte tiefer sein können. Persönlich möchte ich mich bei allen bedanken, die auf die eine oder andere Art an der Basiskampagne beteiligt waren. Ihr habt durch euer Engagement meine Arbeit sehr bereichert und werdet mir in bester Erinnerung bleiben.

Julian Bieri von Mühlethurnen war Campaigner der SP Aargau 2017.



Basiskampagne in Aarau: Telefonieren für die Wahlen

Julian Bieri

LINKSRUTSCH IM AARGAU AUCH AUF KOMMUNALER EBENE

Grosser Wahlerfolg

DER 24. SEPTEMBER UND DER 26. NOVEMBER WAREN FÜR VIELE SP-SEKTIONEN IM AARGAU – UND NATÜRLICH AUCH FÜR UNS ALS KANTONALPARTEI - TAGE ZUM JUBELN. DIE WAHLERFOLGE KNÜPFTEN DIREKT AN DIE GROSSRATSWAHLEN AN UND ZEIGEN, DASS WIR NICHT NUR AUF KANTONALER EBENE STARK AUFGESTELLT SIND, SONDERN AUCH AUF KOMMUNALER EBENE AKTIVE SEKTIONEN HABEN.



Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau und SP-Einwohnerat.

Zusammengefasst haben wir an den beiden Sonntagen total 15 neue Sitze in den Einwohnerräten gewonnen, während die SVP 16 Sitze verlor. Damit sind wir die sitzstärkste Partei in den Einwohnerräten im Aargau. Ebenso haben wir ab 2018 sechs neue Gemeinderät*innen und Stadträt*innen, drei neue (Frau) Ammänner und fünf neue (Frau) Vize-Ammänner. In Windisch sind wir mit 45 Prozent sogar der absoluten Mehrheit zum Greifen nah. Das schaffen noch nicht mal die grossen SP-Hochburgen wie Bern oder Zürich.

	SP	SVP
Aarau	14 (+2)	9 (-1)
Baden	9	6 (-2)
Brugg	10 (+1)	9 (-2)
Buchs	8 (+2)	10 (-3)
Lenzburg	10 (+1)	9 (-1)
Obersiggenthal	8 (+1)	9 (-1)
Wettingen	9 (+1)	11 (-1)
Windisch	18 (+4)	7 (-2)
Wohlen	7 (+3)	11 (-2)
Zofingen	8 (-1)	9 (-1)
Total	15 neue Sitze	16 Sitze verloren

Grund für den Erfolg ist der aktive und vielseitige Wahlkampf der SP, der überall betrieben wurde. Die SP war im ganzen Aargau

stark präsent und vertrat in den Wahlkämpfen klare Positionen. Und das wichtigste: Der Wahlkampf fand direkt bei unseren Wählerinnen und Wählern statt. Sei es beim Flyern am Bahnhof, an der Standaktion auf dem Marktplatz oder beim Aufstellen von Plakaten. Und natürlich speziell auch im Rahmen der Basiskampagne, wo über 140 Freiwillige unsere Wählerschaft per Telefon mobilisierten. In vielen Sektionen engagierten sich plötzlich Mitglieder, die zuvor weniger aktiv waren. Politische Inhalte und Themen wurden im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt und vertreten. Nur durch dieses vielseitige und aktive Engagement der vielen Freiwilligen SP-Mitglieder konnten wir in den letzten Jahren Erfolge verbuchen. Und dieses Engagement müssen wir uns auch zukünftig als Ziel setzen, damit wir den Aargau vom bürgerlich kaputtgesparten Kanton zu einem lebenswerten Kanton für alle machen können. Und ich behaupte: Das ist möglich. Es ist nur wichtig, auch weiterhin das Aktivitätslevel hochzuhalten und ab und zu auch den Mut zu haben, neue Kampagnenmittel auszuprobieren.

Nach drei Jahren Wahlen gibt es nun ein Zwischenjahr. Doch dürfen wir in diesem Jahr nicht nachlässig werden, im Gegenteil. 2019 sind Nationalratswahlen, und wir wollen mindestens unseren Sitz zurück und am liebsten noch mehr! Dafür braucht es eine stetige Präsenz der SP auf allen Ebenen im Aargau, ganz egal, ob Wahlen sind oder nicht.

DIE FACHAUSSCHÜSSE SIND WIEDERBELEBT

So richtig los geht's am 20. Januar 2018 mit der ersten Fachausschusstagung. Wir treffen uns in Aarau, um uns gemeinsam ins neue politische Jahr einzustimmen.

Fachausschüsse Asyl und Migration; Bildung; Energie; Gesundheit und Soziales; Justiz und Sicherheit; Siedlungsentwicklung, Verkehr, Natur und Landschaft; Wirtschaft und Finanzen: Hast Du Interesse, aber dich noch nicht angemeldet? Dann melde dich bei Julia Hoppe auf dem Sekretariat. Oder interessiert Dich vielleicht eine Mitarbeit bei der SP Frauen, der neu gegründeten SP MigrantInnen, der Arbeitsgruppe 60+ oder der JUSO? Auch hier bist du herzlich willkommen.

Wir sind sicher, mit der Fachausschussarbeit das grosse Potential unserer Mitglieder an Erfahrung, Neugierde und Interesse nut-

zen zu können. Wir sind froh, künftig noch mehr vom Wissen unserer Basis und unserer Mandatsträger_innen auf allen Ebenen zu profitieren. Und wir freuen uns auf Inputs an Parteitage, Debattenabenden, Bildungsanlässen und auf eine lebendige Diskussionskultur. Die Grossratsmitglieder haben sich auf die verschiedenen Fachausschüsse aufgeteilt, und die Präsidien aller Ausschüsse koordinieren die Arbeit und treffen sich regelmässig zum Austausch. Ansonsten ist es den Fachausschüssen freigestellt, wie sie und woran sie arbeiten möchten.

Das Wichtigste ist: die Fachausschussarbeit soll Spass machen! Sich zu treffen und sich vertieft mit einem Thema auseinander zu setzen und auszutauschen, das steht im Vordergrund.

Elisabeth Burgener

SP MIGRANTINNEN AG GEGRÜNDET



Funda Yilmaz

Am 7. Dezember fand die Gründungsversammlung der SP MigrantInnen Aargau statt. Die knapp 50 Anwesenden verabschiedeten das Reglement und wählten den Vorstand.

Die bekannte, nach einigen Turbulenzen in Buchs ehrenvoll eingebürgerte Funda Yilmaz hielt die Gründungsansprache. Die MigrantInnen seien für den Aargau von Bedeutung, meinte sie, und von Bedeutung sei auch deren Engagement für Partizipation in der Gesellschaft: «Es ist sehr wichtig, dass wir weiterhin für unsere Rechte eintreten und die Einbürgerungsgesetze fairer gestal-

ten. Als MigrantInnen können wir auch in der Politik Verantwortung übernehmen und Zeichen setzen.»

Als erstes Co-Präsidium wurden Esad Sadikovic und Florim Kadriu gewählt. «Ich setze mich für eine vielfältige Gesellschaft ein, in der sowohl Menschen mit Migrationshintergrund als auch solche mit Behinderung ihr Potential ausschöpfen und ihre Kompetenzen einbringen dürfen», so Esad Sadikovic zu seiner Wahl. In den Vorstand wurden neben den beiden Co-Präsidenten gewählt: Rafik Abdullah, Mario Cadinu, Suat Karavus, Daniel Drozdov, Alime Köseciogullari, Theebigah Krishnathasan und Helena Santiago. Das neu gewählte Präsidium und der Vorstand haben versprochen, die Arbeit unverzüglich aufzunehmen. An der Gründungsversammlung waren auch der Basler Grossrat und Präsident SP MigrantInnen Schweiz Mustafa Atici und das Co-Präsidium der SP Aargau mit Elisabeth Burgener und Cédric Wermuth zugegen.

Julia Hoppe und Cédric Wermuth



Von links: Esad Sadikovic, Theebigah Krishnathasan, Rafik Abdullah, Suat Karavus, Alime Köseciogullari, Florim Kadriu, Helena Santiago, Daniel Drozdov, Mario Cadinu.

KOMMENTAR



Blick in die Zukunft

Nach einer kurzen Zeit der Erholung nach der Rücktrittsverkündung von Elisabeth und Cédric gilt es den Blick in die Zukunft zu richten. Die SP Aargau ist auf der Suche nach einem neuen Präsidium.

Für die Geschäftsleitung war schnell klar, dass eine Personalkommission ins Leben gerufen werden soll. Diese wurde mit Martin Imboden, Kathrin Scholl, Dieter Egli, Sascha Antenen und mir besetzt. Diese Personalkommission hat den Auftrag, die Partei bei der Suche nach einem geeigneten Präsidium zu unterstützen. Im Dezember fand bereits eine erste Sitzung statt, in der ein Anforderungsprofil für mögliche Kandidierende erstellt wurde. Nun gilt es in den nächsten Monaten so viele Namen ins Spiel zu bringen wie möglich und alle Optionen auszuloten. Von Februar bis April sollen dann die ersten Gespräche stattfinden. In diesen können Interessent_innen alle für sie offenen Fragen klären, damit eine solide Basis für eine Kandidatur entsteht. So, dass bei der statutarischen Frist für Bewerbungen am 19. Mai mindestens eine, wünschenswert zwei, Kandidaturen vorliegen. Ab dann soll der Ball den Sektionen zugespielt werden, die bis zum Parteitag im Juni die Kandidat_innen einladen können, um sie persönlich kennen zu lernen.

Wir von der Personalkommission sind überzeugt, für diese wichtige Aufgabe gut vorbereitet zu sein und freuen uns auf die anstrengende, aber auch spannende Zeit, die vor uns liegt. Bei Fragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.

Mia Gujer von Wettingen ist SP-Einwohnerrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

KOMMENTAR



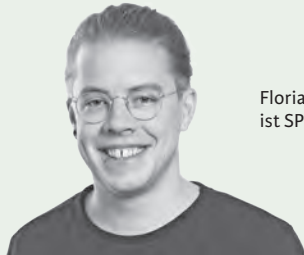
Enttäuschend

Das Kantonsbudget 2018 ist unter Dach und Fach – einmal mehr nicht das Budget der SP. Positiv dabei: Der Regierungsrat hat erstmals nach Jahren eine Lohnerhöhung und eine Systemänderung im Lohnsystem vorgeschlagen. Angestellte mit zunehmenden Berufsjahren können so endlich eine kontinuierliche individuelle Lohnerhöhung erwarten. Das ist eine Trendwende – die aber vom Rat nur halb umgesetzt wurde: 0,5 Prozent Lohnerhöhung ist nicht das, was die Staatsangestellten nach Nullrunden mit faktischem Lohnabbau verdient hätten. Dass die Bürgerlichen nicht einmal «ihrem» mehrheitlich bürgerlichen Regierungsrat gefolgt sind, enttäuscht. Dieser hatte 1 Prozent vorgeschlagen, für uns eigentlich schon ein Kompromiss. Noch enttäuschender ist, dass die Lohnsumme in den Planungsjahren auf dem Stand von 2018 plafoniert werden soll. Diesen Irrsinn werden wir bekämpfen müssen. Dabei helfen uns die ebenfalls beschlossene Verzögerung der Schuldentrückzahlung und die Öffnung der Reserve für spätere Defizite. Einmal mehr schockierend waren die peniblen Diskussionen um die Kultur («es braucht Emotionen, nicht Geld...») und um die Kürzung des Taschengelds für Asylsuchende («Zugfahren ist doch nicht nötig...»). Fazit zum Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021: Vielleicht bleibt der Aargau doch nicht ewig ein Discount-Kanton. Aber Kultur ist nach wie vor höchstens geduldet. Und mit dem Argument der Finanzen lässt sich immer noch auf wehrlose Fremde einhacken, als gäbe es kein Gestern. Ziehen wir uns warm an fürs nächste Jahr!

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Verschärfung eines alten Konflikts

DER EHEMALIGE GRÜNE NATIONALRAT UND GSOA-GRÜNDER JO LANG HAT SICH IN SEINER DISSERTATION VON 1981 MIT DEM WIDERSTAND IM BASKENLAND BEFASST. SEITHER VERFOLGT ER DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN IN SPANIEN. AM 21. NOVEMBER 2017 SPRACH JO LANG AM SP-DISKUSSIONSANLASS IM BRUGGER ODEON ZU KATALONIEN. FLORIAN VOCK HAT DAS REFERAT ZUSAMMENGEFASST.



Florian Vock von Baden ist SP-Grossrat.

Die deutschsprachige Sozialdemokratie blickt mit einigem Argwohn auf die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Geschichte Kataloniens und seiner sozialen Bewegungen macht diese verständlicher.

Freiheitskämpfe

1873/74 wurde die Erste Spanische Republik ausgerufen. Die Verfassung war noch fortschrittlicher als die damals weltweit progressivste schweizerische. Der Entwurf forderte eine strikte Trennung von Kirche und Staat, die Demokratisierung der Armee, den Achtstundentag, eine Landreform, die kostenlose und konfessionsfreie Schulpflicht, die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, die Vereins- und Gewerkschaftsfreiheit und eine föderalistische Autonomie für die spanischen Regionen. 1875 kam eine rechte Regierung an die Macht. Die Dreifaltigkeit aus katholischer Kirche, den Militärs und der autoritären Politik setzte sich durch. Dieser Rechtsrutsch beförderte als Gegenreaktion die Entwicklung der katalanischen Nationalbewegungen.

1909 demonstrierten katalanische Arbeiter gegen die Entsendung von 40 000 spanischen Jugendlichen in den Kolonialkrieg in Marokko. Der Protest wurde von den Militärs brutal niedergeschlagen. 1923 errichtete General Primo de Rivera eine Militärdiktatur unter dem spanisch-nationalistischen Motto: «Religion, Vaterland und Monarchie».

Der Wahlerfolg der Reformkräfte und die Ausrufung der Katalanischen Republik im Frühjahr 1931 boten eine neue Chance für einen gemeinsamen fortschrittlich-föderalistischen Staat von Spaniern, Katalanen, Basken und Galiziern. 1934 beschloss das autonome Katalonien eine Landreform zugunsten von 90 000 Pächterfamilien. Die inzwischen in Madrid wieder an die Macht gelangte Rechte liess diesen Beschluss durch das Verfassungsgericht aufheben, Kataloni-

en militärisch besetzen und hob die Autonomie auf. Im Rahmen des folgenden Bürgerkrieges liess General Franco 1938 Barcelona durch Mussolinis Luftwaffe bombardieren. Franco errichtete eine Diktatur, die bis zu seinem Tod 1975 bestand.

Die Militärs, unter deren Dominanz das neue Grundgesetz 1978 nach der Diktatur ausgearbeitet wurde, erzwangen Artikel 2: «Die Verfassung baut auf der unauflöselichen Einheit der Spanischen Nation, gemeinsames und unteilbares Vaterland aller Spanier».

Die Verfassung von 1978 anerkannte zwar Katalonien, Euskadi (Baskenland) und Galizien und gewährt Autonomie, negiert aber deren Recht auf Selbstbestimmung. 2004 erarbeiteten die linken Koalitionsregierungen im katalanischen Barcelona und spanischen Madrid einen Kompromiss: ein Autonomiestatut, worauf die rechte Volkspartei 2006 am konservativ beherrschten Verfassungsgericht dagegen klagte. Im Juli 2010 beschloss Katalonien das Verbot des Stierkampfes, worauf Madrid den Stierkampf zum «immateriellen Erbe» Spaniens erklärte. Im Februar 2017 fand in Barcelona die grösste Pro-Asyl-Demo statt, die es in Europa je gegeben hat. Die Katalaninnen und Katalanen möchten mehr Flüchtlinge aufnehmen. Aber sie dürfen nicht.

Vorbild im Freiheitskampf

Seit dem verhängnisvollen Gerichtsentcheid von 2010 gingen in der 7,5 Millionen-Region Katalonien jedes Jahr Hunderttausende auf die Strasse. So bildeten 2013 am Nationalfeiertag 1,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger eine 400 Kilometer lange Menschenkette. Seit etwa fünf Jahren ist Katalonien das interessanteste Laboratorium für Demokratie, Massenbewegung und zivilen Ungehorsam in Europa. So fanden in keiner europäischen Nation so viele Millionen-Demos und so viele Generalstreiks statt.

Obwohl die spanische Polizei sich jüngst brutal und provokativ verhielt, blieben die Katalaninnen und Katalanen konsequent gewaltfrei. Dem Baskenland und der militärisch organisierten ETA hat man immer gesagt: «Hört auf mit der Gewalt. Und wir können über alles reden.» Katalonien ist gewaltfrei, trotzdem verweigert das rechtskonservative Madrid den Dialog.

Alt Regierungsrat Arthur Schmid wird 90 Jahre alt



Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Vor fünf Jahren durfte ich an dieser Stelle Arthur Schmid zum 85. Geburtstag gratulieren und ihn für seine grossen Verdienste für unser Land, unseren Kanton und unsere Partei würdigen. Am 25. Januar 2018 wird Arthur Schmid an seinem Wohnort Oberentfelden 90 Jahre alt. Zu diesem hohen Geburtstag wünsche ich Arthur alles Gute. Ich danke ihm herzlich für alles, was er in seinem langen politischen Leben für unzählige Menschen geleistet hat. Heute möchte ich Arthur Schmid in einigen wenigen Sätzen einer jungen Genossin vorstellen. Denn Arthurs Leben und Wirken sind ein wichtiger Teil der Geschichte der Aargauer Sozialdemokratie.

Liebe Fiona Wiedemeier*

Wenn du 90 Jahre alt sein wirst, werden wir das Jahr 2084 schreiben. Die Welt wird eine andere sein als heute. 1928 wurde in Oberentfelden Arthur Schmid als Sohn seines gleichnamigen Vaters geboren. Arthur Schmid senior war Redaktor der sozialdemokratischen Tageszeitung «Freier Aargauer»; er sass zur Zeit der Geburt seines Sohnes bereits seit acht Jahren im Nationalrat. Elf Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus. Die Sozialdemokratie rang um ihre Position in der bürgerlichen Schweiz. Der Generalstreik und die Russische Revolution lagen noch nicht lange zurück und waren für viele Genossinnen und Genossen prägende Erinnerungen.

Es ist nicht immer einfach, in die Fussstapfen eines starken Vaters zu treten. Arthur Schmid ist dieser Schritt gelungen. 1959 kam er als Nachfolger seines Vaters für zwanzig Jahre in den Nationalrat. Von 1965–1993 leitete er das ED, wie man das Erziehungsdepartement in unserem Kanton damals nannte. Und während vier Jahren (1970–1974) stand Arthur Schmid an der Spitze der SP Schweiz. 1973 war er der offizielle Bundesratskandidat der SP. Ich besuchte damals die Kanti in Aarau. Wir hatten schul-

frei, um die Wahl am Fernsehen mitzuverfolgen. Gewählt wurde der Solothurner Willi Ritschard.

Arthur Schmid war mit seiner Gradlinigkeit, seiner Schaffenskraft und seiner menschlichen Wärme auch für mich als jungen Sozialdemokraten ein Vorbild. Arthur hat in einer bewegten Zeit Politik gemacht und in einem schwierigen Umfeld vieles erreicht. Zunächst erlebte er Jahre



des Aufbruchs, der Hoffnung, der Gestaltungsmöglichkeiten: Die Neugestaltung der Lehrerbildung, eine grundlegende Veränderung in der Mittelschullandschaft Aargau. Das Aargauer Kuratorium – eine schweizerische Pioniertat für eine unabhängige staatliche Kulturförderung. Die Hochschule für Bildung – ein wahrer Leuchtturm für den Kultur- und Bildungskanton Aargau wäre sie geworden. Doch sie wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rats kurz vor dem Ziel gestoppt. Ein Entscheid, der den Wechsel vom Aargau des Fortschritts zum Aargau der Konservativen symbolisierte und Arthur Schmid zum Ausspruch bewegte, es seien Jahre zur «Verhinderung von Schlimmerem» gekommen.

Arthur Schmid hat wie wenige Zeitgenossen die Entwicklung des Aargaus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitgeprägt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Geschichte wichtig. Wenn du dich mit dem Lebenswerk von Arthur Schmid befasst, lernst du unseren Kanton und unsere Partei näher kennen. Nimm dir Zeit dafür!

Herzliche Grüsse Urs Hofmann

* Fiona Wiedemeier war die jüngste SP-Kandidatin bei den Aarauser Einwohnerratswahlen vom 26. November 2017.

KOMMENTAR



Wohnen für alle in Aarau

Die Aarauser Stimmberechtigten haben am 26. November die SP-Initiative «Raum für alle» abgelehnt. Die Initiative forderte, dass sich die Stadt aktiv für die Erhöhung des Anteils von bezahlbaren Wohnungen und Gewerberäumen einsetzt, indem sie Wohnbaugenossenschaften fördert und auch selber Immobilien erwirbt und vermietet. Die Enttäuschung über den Entscheid der Stimmberechtigten ist gross. Das Aarauser Nein ist aber nicht als Votum gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau zu interpretieren. Die Nein-Kampagne kritisierte hauptsächlich die Forderung, dass die Stadt selber in Immobilien investieren solle. Die Gegner, allen voran die FDP, bekämpften das Anliegen mit teils haarsträubenden Argumenten. Von drohender Enteignung und einer künftigen Aarauser Kolchese war in freisinnigen Leserbriefen die Rede.

Nicht aufgeben, weitermachen!

In der Schweizer Politik gibt es viele Beispiele, die zeigen, dass es meist verschiedene Anläufe braucht, bis ein Thema mehrheitsfähig ist – man denke nur an die Forderungen nach dem Frauenstimmrecht oder der Einführung der AHV.

Wir lassen uns deshalb nicht entmutigen und werden uns auch in Zukunft für die Förderung von Wohnbaugenossenschaften stark machen. An der letzten Kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau haben die Teilnehmer_innen das «Aarauser Wohnbaumanifest» verabschiedet und beschlossen, das erste 2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau zu initiieren. Die Arbeitsgruppe trifft sich zur Besprechung des weiteren Vorgehens am Montag, 8. Januar 2018, um 19 Uhr im Volkshaus. Weitere Wohnbauinteressierte sind herzlich eingeladen mitzukommen!

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Einwohner- und Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin der SP Aarau.



Ja, es stimmt: wir haben das Stimm- und Wahlrecht für Frau und Mann und auch das Gleichstellungsgesetz. Durch die Bildung hat sich zwar die Chancengleichheit verbessert, die Realität sieht aber leider anders aus.

- Die Lohnungleichheit wirkt sich auf die wirtschaftliche Lebenssituation der Frau und später auf ihre Rente aus.
- Frauen sind neben dem Beruf stark in der Familien- und Carearbeit engagiert, was sehr belasten und auch gesundheitliche Probleme zur Folge haben kann.
- Frauen sind in Führungspositionen und in der Politik klar untervertreten: in Grossunternehmen unter 8 Prozent und in Verwaltungsräten bei rund 17 Prozent. Wir müssen also über diese Themen reden, sie gehören auf die politische Agenda, und es braucht dazu eine Fachstelle.

Der Grosse Rat sieht das natürlich anders. Mit 72 gegen 57 Stimmen folgte er dem Regierungsrat und schaffte die Fachstelle in der

Budgetdebatte ab, und das, obwohl im Vorfeld der Abstimmung eine Petition, lanciert von 18 Frauen- und Männerorganisationen und 1212 Unterstützenden, ein klares Zeichen gegen diesen Abbau gesetzt hatte.

Wir akzeptieren diesen Entscheid nicht und werden weiter kämpfen.

Zusätzlich haben wir, vereinzelt Grossrätinnen aus verschiedenen Fraktionen, eine Motion eingereicht, die verlangt, dass der verfassungs- und völkerrechtliche Gleichstellungsauftrag im Kanton Aargau umgesetzt wird.

Wir halten es wie Khalida Messaoudi (1958), algerische Journalistin und Politikerin, die sagt: «Es gibt keine Demokratie ohne Frauen.»

In diesem Sinn fordern wir unsere Rechte.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Aargau.

ERSATZWahl FÜR EINEN SITZ IN DER GESCHÄFTSLEITUNG (GL) AM AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAG VOM 25. JANUAR 2018

Aufgaben der GL: siehe Statuten vom 8. Mai 2010 (www.sp-aargau.ch/partei). Rund 20 Sitzungen/Jahr, Engagement, Präsenz und Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Fachausschüssen. Entschädigung gemäss Reglement.

ANFORDERUNGEN

- Lust, Zeit und sozialdemokratische Überzeugung
- Gute Kenntnisse der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Politik
- Teamfähigkeit
- In der SP verankert und gute Kenntnisse der Werte der Sozialdemokratie
- Bereitschaft, sich länger zu verpflichten (mindestens 2 Jahre)

Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bitte bis 4. Januar 2018 ins Parteisekretariat: SP Kanton Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau oder sekretariat@sp-aargau.ch.

AGENDA

- 22. Januar 2018, 18 Uhr, Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
SP Frauen* Aargau: Workshop.
- 25. Januar 2018, 19.30 Uhr, Umwelt Arena, Türliackerstrasse 4, 8957 Spreitenbach
ao. Parteitag
- 13. Februar 2018, 19 Uhr, Volkshaus, Bachstrasse 43, Aarau
Themenabend
- 10. März 2018, 9–14 Uhr, Grossratsgebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung zum Thema «Care-Arbeit»

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe 4. Dezember 2017
Redaktionsschluss nächste Ausgabe 22. Januar 2018
Erscheinen nächste Ausgabe 9. Februar 2018
An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Julian Bieri, Elisabeth Burgener, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Mia Gujer, Urs Hofmann, Julia Hoppe, Mia Jenni, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Gabriela Suter, Florian Vock, Cédric Wermuth.